

INTERVIEW: SOPHIE CROCOLL
UND ALEXANDER HAGELÜKEN

Investment-Kongress der DAB Bank in München, und es spricht tatsächlich: Oskar Lafontaine. Als der damalige SPD-Chef 1999 als deutscher Finanzminister zurücktrat und der Dax stieg wie nie, schaltete die Bank eine Anzeige: Nichts würde die Börsen mehr beunruhigen, als wenn Lafontaine wieder anträte. Heute läßt sie den Gründer der Linkspartei ein, der dasselbe will wie damals 1999: die Finanzmärkte zähmen. Ein Gespräch über alte Ideen, die Wahlschlappe der SPD und seinen Duzfreund Rainer Brüderle.

SZ: Oskar Lafontaine, reden wir über Geld. Sie warnten schon Ende der Neunzigerjahre, an den Finanzmärkten braue sich etwas zusammen. Das war weit vor der Finanzkrise. Wann hatten Sie zuerst das Gefühl, da läuft was schief?
Oskar Lafontaine: Ich hatte jahrzehntelang keine Ahnung von dem Problem, aber dann entdeckte ich, was für eine Bombe da tickt. Als der große Hedgefonds LTCM mit seinen Nobelpreisträgern zusammenbrach, überraschte mich das nicht mehr.

Aber Ihre Warnungen interessierten kaum jemanden, selbst als Sie 1998 Bundesfinanzminister wurden.
Meine Skepsis war völlig gegen den Zeitgeist. Ich drängte damals die Regierung Clinton, etwas gegen die Währungsspekulationen zu tun. Der Finanzstaatssekretär Larry Summers schaute mich erstaunt an und meinte: Du glaubst doch nicht, dass die amerikanische Regierung da mitmacht. Die Wall Street hat Bill Clintons Wahlkampf finanziert.

Hatten Sie damals überhaupt die richtigen Ideen? Ihr Plan für Wechselkurs-Zielzonen hätte die Spekulationen, die dann die Finanzkrise 2007 auslösten, wohl kaum gestoppt.



Schröder, Fischer und Lafontaine zu Beginn ihrer Regierung 1998. FOTO: AP

Die Spekulationen mit Immobilienkrediten und Kreditversicherungen kamen ja erst später. Damals, Ende der Neunziger, waren die Währungsspekulationen gefährlich. Unternehmer, die ich kannte, erzählten mir von ihren Carry-Trades, wie sie Geld in Yen leihen und mit anderen Währungen spekulierten. Heute wäre nach wie vor eine ganz andere Struktur nötig, um die nächste Finanzkrise zu verhindern: Wir sollten zum Beispiel Sparkassen haben statt Zockerbuden. Es darf überhaupt keine systemrelevante Bank mehr geben, die der Steuerzahler dann retten muss.

Aber brauchen deutsche Konzerne nicht Geldhäuser wie die Deutsche Bank mit gewisser Größe, die sie bei der Expansion auf dem Globus begleiten können?
Das ist ein vorgeschobenes Argument. Die Politiker lassen sich in ihren Entscheidungen zu stark von der Finanzwelt prägen. Die Politiker liefern sich den Banken aus. Daher fordere ich: Es darf keine Spenden der Konzerne an politische Parteien oder einzelne Politiker geben, auch nicht indirekt über anrüchige Vortragshonorare. . . . wie sie SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bekam. Wie passt es zu Ihren Forderungen, dass Sie hier auf dem Investment-Kongress einer Bank auftreten?
Ich bin als einer der schärfsten Kritiker der Finanzwelt hier eingeladen. Und ich spende meine Honorare, seit vielen Jahren. Im Übrigen, was Steinbrück angeht: Der Wahlkampf ist vorbei.

Sind Sie teurer als Steinbrück, der bei den Stadtwerken Bochum 25 000 Euro bekam?
Ach was. Seit ich bei den Linken bin, hat

das Interesse der Wirtschaft an Vorträgen von mir stark abgenommen, die Honorare auch (*lacht*). **Steinbrücks Kandidatur, die die SPD zurück an die Macht bringen sollte, begann mit der Diskussion um Honorare und endete nun mit 26 Prozent . . .**
. . . das ist das zweitschlechteste SPD-Ergebnis nach dem Krieg. Ein trauriges Ergebnis für die einst so stolze Volkspartei.

Als das letzte Mal jemand für die SPD die Macht in Deutschland eroberte, waren das 1998 Gerhard Schröder und Sie. Sie beide gaben damals sogar gemeinsam ein programmatisches Buch heraus . . .
. . . davon hat er bestimmt keine Zeile geschrieben (*lacht*). . . **. . . bevor Sie 1999 mit Ihrem Rücktritt als Finanzminister und SPD-Chef krachend auseinandergingen und dann die Linkspartei gründeten. Wer von Ihnen hat sich seit damals mehr verändert?**
Schröder ist bei seinen Positionen geblieben, während ich meine noch mehr ins Grundsätzliche präzisiert habe: Eigentum sollte nur durch eigene Arbeit entstehen und nicht dadurch, dass man andere für sich arbeiten lässt. Darauf ist die Gesellschaft aufzubauen.

Das klingt so, als ob die Positionen von Kanzler Schröder und seinem Finanzminister Lafontaine von Anfang an weit auseinanderlagen.
Die Verständigung über Inhalte war schwierig. Er hatte kein Interesse an der Programmdiskussion. Schröder wollte – wie er einmal sagte – die Macht und die Kohle, ich die Gesellschaft verändern. Ich wollte natürlich wie alle Politiker auch Karriere machen, aber vor allem einen Politikwechsel. Als Schröder die Zusage brach,

dass wir Entscheidungen gemeinsam treffen, war es vorbei. Ich habe machtpolitisch den Fehler gemacht, Finanzminister zu werden. Ich hätte Gerhard Schröder nicht zum Kanzlerkandidaten machen dürfen. Als SPD-Chef hätte ich den ersten Zugriff auf die Kandidatur gehabt. Aber das hätte, hätte bringt heute nichts mehr.

Haben Sie nicht auch sonst eine Menge falsch gemacht?
Im Finanzministerium hieß es damals über Ihre beiden neuen Staatssekretäre: Der eine bringt das ganze Ministerium gegen sich auf, der andere den Rest der Welt. Das war die ungerechtfertigte Hetze gegen die Staatssekretäre Claus Noé und Heiner Flassbeck. Sicher habe ich Fehler gemacht. Der Konflikt um die neoliberale Wende Schröders und Joschka Fischers nahm mich zu sehr in Beschlag.

Sie hatten nie wieder ein so hohes Amt wie Finanzminister, um die Gesellschaft zu verändern, was Sie doch als Ihr Ziel bezeichnen. Wäre es 1999 nicht besser gewesen zu bleiben und für Ihre Ziele zu kämpfen?
Solche Fragen habe ich mir natürlich oft gestellt. Vielleicht hätte ich SPD-Parteichef bleiben sollen. Einfach, um die Regierungspolitik weiter zu beeinflussen. Ich möchte aber auch Gerhard Schröder gerecht werden. Der Start war nicht leicht für ihn, er war einem Trommelfeuer der Medien ausgesetzt. Es hieß, Lafontaine führt Regie, Schröder steht nur auf der Bühne.

Wann haben Sie das letzte Mal mit ihm gesprochen?
Na, 1999 kurz vor dem Rücktritt. **Würden Sie gerne wieder mit ihm reden?**



FOTO: AFP

REDEN WIR ÜBER GELD MIT OSKAR LAFONTAINE

Das hat wahrscheinlich keinen Sinn, weil wir heute zu weit auseinander sind.

Vergessen Sie bitte mal kurz Ihren Bruch mit Schröder. Rein handwerklich, als Wahlkämpfer: Würden Sie beide gemeinsam heute für die SPD mehr herausholen als die 26 Prozent vom Sonntag?
Ja klar, wir haben beide bewiesen, dass wir Wahlen gewinnen können. Aber eine Voraussetzung fehlte: Wir könnten uns heute nicht auf ein gemeinsames Programm verständigen.



Oskar Lafontaine mit seiner Partnerin Sahra Wagenknecht. FOTO: DPA

Wie viel mehr als 26 Prozent würden Sie beide rausholen?
Belassen wir es mal dabei (*lacht*). Die jetzige SPD-Führung will doch nichts wirklich. Die wollen doch nicht mal den Mindestlohn, da könnten sie jetzt gemeinsam mit Linken und Grünen die Lage von acht Millionen Menschen verbessern. Wenn in einer *Handelsblatt*-Umfrage die Mehrheit der deutschen Manager für einen Mindestlohn von fast neun Euro ist, dann frage ich mich: Was wurde aus der SPD? Gerhard Schröder wollte wenigstens Kanzler wer-

den, die drei von der heutigen Tankstelle allenfalls Minister. Einer der größten Fehler ist es, den eigenen Wählern keine Perspektive auf die Macht zu geben – warum soll man eine solche Partei wählen, die nicht mal mehr den Kanzler stellen will? SPD, Grüne und Linke haben heute zusammen eine Mehrheit. Die Linke hat in ihrem Programm, vor allen Dingen im sozialen Bereich, die größten Schnittmengen mit SPD und Grünen. Wir boten schon 2005 an, einen SPD-Kanzler zu wählen, aber die SPD traute sich nicht.

Wer das Programm der Linken betrachtet, versteht, dass keiner mit Ihnen koalitiert. Vor 20 Jahren finanzierten vier Arbeitnehmer einen Rentner, in 20 Jahren werden es nur zwei sein. Doch Ihre Linke fordert, jeder bekommt 1000 Euro Rente, egal, wie lange er gearbeitet hat. Das ist doch kalkuliert realitätsfern.
Sie vergessen, dass die Produktivität steigt und deshalb weniger Arbeitnehmer gebraucht werden, um einen Rentner zu finanzieren. Unsere Rentenforderungen sind richtig und gerecht! Aber natürlich geht man für eine Koalition Kompromisse ein.

Welche genau?
Das sag' ich jetzt nicht in der *Süddeutschen*, ich bin für solche Verhandlungen auch nicht mehr zuständig.

Wenn Sie nicht schnell was sagen, interessiert sich keiner für eine Koalition. Die Rente ist ja nur ein Thema. Sie fordern ja auch die Abschaffung von Hartz IV. Wie können Sie verschweigen, dass Schröders Agenda 2010 die Zahl der Arbeitslosen um zwei Millionen reduziert hat?
Also erstens liegt das eher an konjunkturel-

len Bewegungen. Und zweitens hat die Zahl der Arbeitsstunden nicht zugenommen. Es sind einfach nur mehr unsichere, schlecht bezahlte Jobs entstanden.

Na ja. Wer Ihre politische Laufbahn anschaut, entdeckt Erstaunliches. Sie gelten heute als beinhardter Linker, haben aber als Ministerpräsident des Saarlands mehr gegen die Verschuldung getan als einige CDU-Nachfolger – und wollten die Lohnnebenkosten senken.
Um vom Bund und den Ländern Hilfe bei der Entschuldung zu bekommen, mussten wir damals im Saarland unsere Ausgaben auf das Durchschnittsniveau der Länder zurückfahren. Das ging nicht anders. Was die Sozialversicherung betrifft, da bin ich damals auf die Lohnnebenkostendebatte hereingefallen. Das tue ich heute nicht mehr.

Sie waren als Schüler auf einem katholischen Internat. Wie hat Sie das geprägt?
Ich war zum Schluss nicht mehr auf dem Internat, weil ich beim Biertrinken erwischt worden bin (*lacht*). Die christliche Soziallehre hat mich schon geprägt. Wenn Sie mich heute nach linken Politikern fragen, fallen mir christlich geprägte aus der CDU wie Blüm und Geißler ein und kaum einer aus der SPD. Nur an meinen verstorbenen Freund Ottmar Schreiner denke ich da oft.

Jemand wie Sie, der besonders stark soziale Gerechtigkeit proklamiert, wird viel genauer beobachtet als ein FDP-Politiker. In diesem Zusammenhang zogen Sie öfter Kritik auf sich. So bekamen Sie in den Achtzigerjahren zu Unrecht ein Ruhegehalt als Saarbrücker OB, während Sie Ministerpräsident des Saarlands waren – fast 230 000 Mark.
Obwohl renommierte Juristen damals sagten, das sei rechtens, habe ich das Geld sofort zurückgezahlt, als das Thema hochkam. Mein Gehalt wurde nicht von mir, sondern von der Oberfinanzdirektion festgelegt. Im Übrigen habe ich mich – ob Sie es glauben oder nicht – um Fragen der Beamtenbesoldung nie gekümmert.

So reden sich Fußballer auch heraus. Ihre frühere Villa in Wallerfang war so protzig, dass die Saarbrücker sie „Palast der sozialen Gerechtigkeit“ nannten.
Das war auch so eine Kampagne. Selbst Ihre Zeitung kommentierte das Haus im Feuilleton. Es hat einen Grundriss von zwölf mal zwölf Meter. Das ist im Saarland nicht unüblich, es gibt also bei uns viele Paläste.

Sie duzen sich seit 30 Jahren mit Rainer Brüderle von der FDP. Haben Sie mit ihm seit der Wahlschlappe gesprochen?
Wir haben gesms.

Es überrascht sicher viele, dass Sie sich mit dem Erzliberalen Brüderle duzen.
Das entstand in den gemeinsamen Zeiten im Bundesrat. Ich habe ihn als fairen Verhandlungspartner kennengelernt.

Wir haben über die Wahlschläppen von SPD und FDP geredet. Auch die Linke erreichte nicht, was sie wollte. Warum?
Erst mal ist es ein Erfolg, dass sich eine so junge Partei nun etabliert hat. Wir sind, nachdem wir die neue gesamtdeutsche Partei 2005 auf den Weg gebracht und 2007 gegründet haben, zum dritten Mal im Bundestag. Da die große Mehrheit der Wähler in den alten Bundesländern lebt, muss die Partei jetzt noch westlicher werden.

Sie waren stets ein brillanter Redner, nach einer Rede auf dem Mannheimer Parteitag 1995 stürzte die SPD Rudolf Scharping und wählte Sie zum Nachfolger. Dauerhaft eine Partei zu lenken, gelingt Ihnen aber nicht. Weder damals bei der SPD noch heute bei den Linken. Welche Gabe fehlt Ihnen da?
Also ich war von 1995 bis 1999 Parteichef der SPD, damit amtierte ich länger als viele meiner Nachfolger. Und bei den Linken zog ich mich wegen der Krebserkrankung zurück, die inzwischen überwunden ist.

Ihr Duzfreund Brüderle sagt: Unter Parteichef Lafontaine ging es der Linken besser. Stehen Sie wieder zur Verfügung?
(*lacht*) Also ich hatte in meinem Leben wirklich genug politische Ämter. Jetzt sind andere dran.

Peinliche Post der „verfaulten Äpfel“

Betrug ist die eine Sache. Aber wenn dann noch herauskommt, mit welcher Dreistigkeit andere geschädigt wurden, erhält ein Finanzskandal noch eine besondere Empörungsnote: Der britische Broker Icap ist wegen seiner Rolle im weltweiten Skandal um die Manipulation wichtiger Zinssätze zu einer Strafzahlung von 87 Millionen Dollar verdonnert worden. Im Zuge des Prozesses wurden Emails bekannt, in denen sich die Händler gegenseitig Gratifikationen versprechen, für den Fall, dass der eine dem anderen hilft, den Libor-Zinssatz zu manipulieren. Icap-Chef Michael Spencer sagte, die drei Mitarbeiter, die im Zentrum der Vorwürfe stünden, hätten die Firma bereits verlassen und bezeichnete sie als „verfaulte Äpfel“. Der Londoner Broker bedauere den Vorfall. Das Verhalten der Händler sei unentschuldig. Den Händlern wird vorgeworfen, mehrere Interbanken-Zinssätze zu ihren Gunsten manipuliert zu haben, um Handelsgewinne einzustreichen. Beim Libor-Zins sind Finanzprodukte im Wert von rund 400 000 Milliarden Dollar betroffen.